

Niederschrift

über die konstituierende Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 01.10.1999 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Danielewsky, Mike	CDU-Fraktion
Daute, Kerstin	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Enseroth, Ina-Carola	MBM/F.D.P.
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Ludwig, Anita (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Bündnis 90/Die Grünen
Richrath, Martin	CDU-Fraktion

Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schmidt, Maike	Fraktion PETO
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Bündnis 90/Die Grünen
Stapper, Norbert	Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
Voigt, Juliane	Fraktion PETO
Von Wallis, Winfried	MBM/F.D.P.

Verwaltung:

Spiecker, Gerd	
Herrmann, Max	
Warden, Marion	
Müchler, Gerhard	
Brock, Hans Peter	
Trost, Uwe	
Mittmann, Georg	
Müller, Karlheinz	
Herforth, Gisela	
Kirberg, Inge	Schriftführerin

Beginn der Sitzung 18:05 Uhr

Ende der Sitzung 20:44 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- | | | |
|-------|-----------|--|
| Ö 1. | | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit |
| Ö 2. | 1999/0001 | Bestellung des Schriftführers/der Schriftführerin für die Niederschriften der Ratsbeschlüsse |
| Ö 3. | 1999/0002 | Vereidigung und Einführung des Bürgermeisters |
| Ö 4. | 1999/0003 | Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder |
| Ö 5. | 1999/0004 | Festlegung der Zahl der Stellvertreter des Bürgermeisters |
| Ö 6. | 1999/0005 | Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters |
| Ö 7. | 1999/0006 | Einführung und Verpflichtung der Stellvertreter des Bürgermeisters |
| Ö 8. | 1999/0007 | Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschriften der Ratsbeschlüsse |
| Ö 9. | 1999/0008 | Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein |
| Ö 10. | 1999/0009 | Allgemeine Richtlinien des Rates der Stadt Monheim am Rhein über die Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Bürgermeisters |
| Ö 11. | 1999/0010 | Festlegung der Zahl der Ausschussmitglieder |
| Ö 12. | 1999/0011 | Zusammensetzung des Ausländerbeirates
- Benennung der dem Ausländerbeirat angehörenden 3 Ratsmitglieder - |
| Ö 13. | 1999/0012 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.09.1999
Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden |
| Ö 14. | 1999/0013 | Antrag der CDU-Fraktion vom 21.09.1999
Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden |
| Ö 15. | 1999/0014 | Antrag der CDU-Fraktion vom 21.09.1999
Berufung von Vertretern der Lehrerschaft in den Schulausschuss |
| Ö 16. | 1999/0015 | Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.1999
Umlegung der Kosten der Deichrückverlegung |
| Ö 17. | 1999/0016 | Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.1999
Kinderbetreuung in Monheim am Rhein |

- Ö 18. 1999/0017 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.1999
Bildung eines Seniorenbeirates
- Ö 19. 1999/0018 Antrag der Fraktion Peto vom 21.09.1999
Einrichtung einer neuen Buslinie
- Ö 20. 1999/0019 Antrag der Fraktion Peto vom 21.09.1999
Änderung des Radwege-Konzeptes
- Ö 21. 1999/0020 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.1999
Einrichtung einer Bürgerfragestunde in den Ausschüssen
- Ö 22. Mündliche Anfragen
- Ö 23. Mündliche Mitteilungen

**Ö 1. Eröffnung der Sitzung durch den Altersvorsitzenden,
Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und
Beschlussfähigkeit**

Der Altersvorsitzende, Herr Karl König, eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.
Er übermittelt Ratsfrau Anita Ludwig, die wegen eines Krankenhausaufenthaltes entschuldigt fehlt, die Genesungswünsche des Rates.

**Ö 2. 1999/0001 Bestellung des Schriftführers/der Schriftführerin für die
Niederschriften der Ratsbeschlüsse**

Der Altersvorsitzende schlägt vor, die bisherige Regelung der Schriftführung beizubehalten.

Beschluss

Der Rat bestellt Frau Inge Kirberg zur Schriftführerin für die Niederschriften der Ratsbeschlüsse.

Für den Fall ihrer Verhinderung wird Herr Günter Boldt als Stellvertreter bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 3. 1999/0002 Vereidigung und Einführung des Bürgermeisters

Die Rede des Altersvorsitzenden in eigener Sache ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Der Altersvorsitzende vereidigt Herrn Bürgermeister Dünchheim, der folgende Eidesformel nachspricht:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Er führt ihn in sein Amt ein, überreicht ihm das Bestätigungsschreiben und wünscht ihm allzeit eine glückliche Hand.

Die Fraktionen des Rates übermitteln Herrn Bürgermeister Dünchheim ihre Glückwünsche.

Herr Bürgermeister Dünchheim übernimmt die Leitung der Sitzung. Seine Rede zur Amtseinführung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ö 4. 1999/0003 Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

Herr Bürgermeister Dünchheim führt die Ratsmitglieder in ihr Amt ein und verpflichtet sie in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Ö 5. 1999/0004 Festlegung der Zahl der Stellvertreter des Bürgermeisters

Die CDU-Fraktion schlägt vor, es bei der bisherigen Regelung, 2 Stellvertreter, zu belassen.

Beschluss

Die Zahl der stellvertretenden Bürgermeister wird auf 2 festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 6. 1999/0005 Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Dünchheim gibt bekannt, dass von der SPD-Fraktion ein schriftlicher Wahlvorschlag vorliegt: Harald Schmidt.

Die CDU-Fraktion macht einen gemeinsamen Wahlvorschlag der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Grünen:
1. Karl König
2. Andrea Stamm

Herr Bürgermeister Dünchheim stellt klar, dass der Bürgermeister bei der Wahl seiner Stellvertreter Stimmrecht hat. Diese Rechtsauffassung wurde vom Innenminister bestätigt.

Er macht deutlich, dass in geheimer Wahl über die Listen-Wahlvorschläge abzustimmen ist:

Liste 1	1. Karl König 2. Andrea Stamm	CDU Grüne
Liste 2	Harald Schmidt	SPD

Der Bürgermeister ruft die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf. Sie erhalten ihren Stimmzettel, den sie nach der Stimmabgabe hinter den Wahlblenden in die Wahlurne werfen.

Die jüngsten Ratsmitglieder der drei größten Fraktionen, Frau Neufeldt (CDU), Frau Knauer (SPD) und Herr Pruin (Grüne) nehmen die Stimmenauszählung vor.

Der Bürgermeister gibt das Ergebnis bekannt:

abgegebenen wurden insgesamt 40 Stimmen

Für die Liste 1 wurden abgegeben 28 Stimmen

Für die Liste 2 wurden abgegeben 12 Stimmen

Nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlenverfahren sind damit gewählt:

1. stellvertretender Bürgermeister Herr Karl König CDU
2. stellvertretende Bürgermeisterin Frau Andrea Stamm Grüne

Die Gewählten erklären auf die Frage des Bürgermeisters, dass sie die Wahl annehmen.

Ö 7. 1999/0006 Einführung und Verpflichtung der Stellvertreter des Bürgermeisters

Bürgermeister Dünchheim gratuliert Herrn Karl König und Frau Andrea Stamm und führt sie in ihr Amt als stellvertretende Bürgermeister ein. Er verweist sie auf die bereits als Ratsmitglieder vorgenommene Verpflichtung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die stellvertretenden Bürgermeister nehmen die Glückwünsche aus dem Rat entgegen.

Ö 8. 1999/0007 Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschriften der Ratsbeschlüsse

Der Bürgermeister merkt an, dass § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung versieht, dass die Niederschrift vom Bürgermeister und der Schriftführerin zu unterzeichnen ist. Er hält die in § 24 der Geschäftsordnung anders festgelegte Regelung für nicht wirksam.

BG Spiecker führt aus, dass bei der Vorbereitung der Vorlage für diese Sitzung die Auffassung bestand, dass hier die Geschäftsordnung zu beachten ist. Dem Rat ist es jedoch unbenommen, die Geschäftsordnung entsprechend der Regelung in der Gemeindeordnung zu ändern.

Herr Bürgermeister Dünchheim betont nochmals seine juristischen Bedenken und ist der Auffassung, dass der Tagesordnungspunkt gegenstandslos ist.

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass die vom Rat beschlossene Geschäftsordnung Bestand hat und an dem guten Brauch, die Fraktion, die nicht den Bürgermeister stellt, bei der Unterschrift der Niederschrift zu beteiligen, festgehalten werden sollte.

Die CDU-Fraktion plädiert dafür, die Angelegenheit juristisch zu prüfen und, falls sich eine Möglichkeit ergibt, die bisherige Regelung weiter beizubehalten.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass nur der erste Punkt des Beschlussvorschlages relevant ist.

Vorbehaltlich der juristischen Überprüfung **beschließt der Rat:**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der Ratsbeschlüsse wird das Ratsmitglied Wally Hengsberger bestimmt; für den Fall ihrer Verhinderung das Ratsmitglied Helmut Nieswand.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. 1999/0008 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein

Der Bürgermeister ruft unter diesem Tagesordnungspunkt den Antrag der Fraktion Die Grünen (TOP 18.) „Einrichtung eines Seniorenbeirates“ mit zur Beratung auf.

Des Weiteren gibt es einen Textvorschlag der Gleichstellungsbeauftragten, den diese mündlich vortragen wird.

Zunächst wird der Antrag der Fraktion Die Grünen auf Einrichtung eines Seniorenbeirates behandelt. Der Vorsitzende der Fraktion begründet den Antrag und verweist auf die Beispiele in Düsseldorf, Gelsenkirchen und Hilden. Er hält einen Seniorenbeirat für das geeignete Gremium, die Belange der Senioren zu vertreten und an den Rat heranzutragen.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Antrag nicht zu. Sie verweist auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Senioren, die in die Arbeit der Parteien, insbesondere der beiden großen Parteien, integriert sind. Sie verweist auf „60 plus“ und die „Senioren-Union“, in denen auf einer viel breiteren Basis politische Arbeit für und von Senioren betrieben wird als dies in einem 5er Gremium möglich wäre.

Sie kündigt in diesem Zusammenhang an, dass sich der Bürgermeister in Fortführung der von der CDU-Fraktion seinerzeit vorgeschlagenen Woche der Senioren intensiv mit der Frage der Gestaltung von Arbeit mit und für Senioren auseinander setzen und entsprechende Gesprächsangebote an Vertreter der Seniorenschaft in Verbänden und Vereinen machen wird. Sie ist der Auffassung, dass damit eine viel breitere Basis geschaffen wird.

Die SPD-Fraktion verweist auf die bisher geleistete gute Arbeit, die Senioren in die politische Arbeit einzubinden. Da es den Wunsch, auch in der eigenen Partei, gibt, ein eigenes Gremium zu bilden, in dem diese Arbeit institutionalisiert wird, kann sie sich dem nicht entziehen und stimmt der Einrichtung eines Seniorenbeirates grundsätzlich zu. Sie betont, dass Einzelheiten noch besprochen werden müssen.

Herr von Wallis (MBM) spricht sich nachdrücklich für den Antrag aus. Er ist der Meinung, dass die Erfahrungen der Nachbarstädte zeigen, wie eine solche Einrichtung die ganz spezifischen

Interessen der älteren Mitbürger vertreten. Politische Organisationen könnten keinen Beirat ersetzen, der unmittelbar seine Stimme in die Willensbildung des Rates einbringen könne.

Frau Enseroth (F.D.P.) spricht sich gegen den Antrag aus. Sie verweist darauf, dass die Senioren wahlberechtigt sind und bei der politischen Willensbildung nicht zu kurz kommen. Es gebe Instrumente der Beteiligung, die auch die Senioren wahrnehmen können. Sie ist der Meinung, dass der Rat sich der Aufgabe nicht entledigen sollte, da oft ein solcher Beirat auch eine Alibifunktion habe. Vor dem Hintergrund, dass die Bildung eines Seniorenbeirates auch finanzielle Konsequenzen hat, lehnt sie den Antrag ab.

Der Antrag der Fraktion Die Grünen wird bei 18 Stimmen dafür (12 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM) mit 22 Stimmen (BM, 20 CDU, 1 F.D.P.) abgelehnt.

Die Gleichstellungsbeauftragte trägt vor, dass sie nach wie vor der Auffassung ist, dass die Formulierung in § 3 Abs. 1 der Hauptsatzung frauenfeindlich ist. Sie stelle eine sprachliche Ignorierung und indirekte Benachteiligung von Frauen dar und trage dazu bei, dass die Rechts- und Verwaltungssprache weiterhin männlich geprägt bleibe. Sie schlägt vor, den § 3 Abs. 1 wie folgt zu formulieren:

Satzungen und andere Rechtsvorschriften der Stadt Monheim am Rhein sind geschlechtsneutral zu formulieren.

Soweit dies aufgrund der sprachlichen Gegebenheiten nicht möglich ist, sind geschlechtergerechte Formulierungen anzuwenden.

In der anschließenden Diskussion wird von der SPD- und CDU-Fraktion kritisiert, dass der Antrag der Gleichstellungsbeauftragten nicht mit den Beratungsunterlagen für diese Sitzung zugestellt wurde und deshalb eine Beratung in den Fraktionen nicht möglich war.

Die Fraktion Die Grünen spricht sich dafür aus, dem Anliegen der Gleichstellungsbeauftragten bei anstehenden Überarbeitungen der Satzungen etc. sukzessiv nachzukommen.

Die SPD-Fraktion macht deutlich, dass die Lesbarkeit von Satzungstexten etc sichergestellt sein muss und stimmt unter der Voraussetzung zu, dass kein zusätzlicher Aufwand betrieben wird, sondern die Änderungen bei sowieso anstehenden Überarbeitungen erfolgen.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion plädiert für eine Vertagung und Behandlung der Angelegenheit in der nächsten Sitzung mit einer Vorlage, die auch den Erlass des Innenministers zu diesem Thema mit einbezieht.

Dem schließt sich die CDU-Fraktion an.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion macht den Vorschlag, heute über den Antrag der Gleichstellungsbeauftragten abzustimmen mit der Maßgabe, dass die Verwaltung ihn in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten auf der Grundlage des Erlasses des Innenministers umsetzt und sicherstellt, dass die Satzungstexte etc weiterhin lesbar bleiben. Sie verweist darauf, dass geänderte Satzungen etc. vom Rat beschlossen werden und ihm damit noch eine Eingriffsmöglichkeit bleibt.

Der Antrag aus der SPD-Fraktion auf Vertagung des Antrages der Gleichstellungsbeauftragten wird bei 1 Stimme dafür (SPD) abgelehnt.

Beschluss

Änderung des § 3 Abs. 1:

Satzungen und andere Rechtsvorschriften der Stadt Monheim am Rhein sind geschlechtsneutral zu formulieren.

Soweit dies aufgrund der sprachlichen Gegebenheiten nicht möglich ist, sind geschlechtergerechte Formulierungen anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

dafür 37 Stimmen (BM, 19 CDU, 11 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)
Enthaltung 3 Stimmen (1 CDU, 1 SPD, 1 F.D.P.)

Beschluss

Die Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung (linke Seite der Synopse) mit der Änderung zu § 3 Abs. 1 beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10. 1999/0009 Allgemeine Richtlinien des Rates der Stadt Monheim am Rhein über die Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Bürgermeisters

Die SPD-Fraktion beantragt, die Höhe der Auftragssumme, über die der Bürgermeister entscheidet, nicht auf 100.000 DM anzuheben, sondern bei 50 000 DM zu belassen (Ziff. 4.4.7) und die Kompetenz bei höheren Auftragssummen in den Fachausschüssen zu belassen (3.1 c). Außerdem stellt sie den Antrag, in Ziff. 4.4.12 zu ergänzen, dass auch bei Kauf und Verkauf von Grundstücken auf Vorschlag des Beirates der Wirtschaftsförderung der Haupt- und Finanzausschuss nachträglich zu unterrichten ist.

Die CDU-Fraktion beantragt, dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport die Entscheidung über alle Fragen, die die Wahrnehmung und Ausgestaltung der Städtepartnerschaften betreffen, zu übertragen; die Fraktion Die Grünen begrüßt diesen Antrag.

Die Verwaltung bezeichnet eine solche Entscheidung vor dem Hintergrund der bestehenden Ausschuss- und Fachbereichsstruktur als systemfremd, da der Bereich Städtepartnerschaften im Vorstandsbüro angesiedelt ist und dem Budget der Zentralen Dienste zugeordnet ist. Sie empfiehlt, den Haupt- und Finanzausschuss als zuständigen Ausschuss festzulegen.

Die Frage des Bürgermeisters, ob es sich hier um ein unüberwindliches Hindernis handelt, wird von der Verwaltung verneint.

Die CDU-Fraktion bekräftigt ihre Meinung, dass die Frage der inhaltlichen Ausgestaltung der Städtepartnerschaften dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport zuzuordnen ist.

Die SPD-Fraktion stimmt der Zuweisung der Entscheidung über alle Fragen der Städtepartnerschaften an einen Ausschuss zu, beantragt jedoch, diese Aufgabe dem Haupt –und Finanzausschuss zuzuweisen, der sich bereits bisher damit befasst hat und auch dafür zuständig ist.

Dieser Antrag wird bei 12 Stimmen dafür (SPD) abgelehnt.

Beschluss

Änderungen:

1. **in 3.1 c) und 4.4.7**

= 50.000,00 DM

Abstimmungsergebnis
einstimmig

2. **4.4.12**

Erwerb von Grundstücken, sofern es sich um Straßenland handelt; Kauf und Verkauf von Grundstücken auf Vorschlag des Beirates der Wirtschaftsförderung Monheim am Rhein GmbH; über diese Grundstücksgeschäfte ist der Haupt- und Finanzausschuss nachträglich zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

3. **3.3.1 e)**

die Wahrnehmung und Ausgestaltung der Städtepartnerschaften

Abstimmungsergebnis:
dafür 28 Stimmen (BM, 20 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM, 1 F.D.P.)
dagegen 13 Stimmen (SPD)

Beschluss

Die Allgemeinen Richtlinien des Rates der Stadt Monheim am Rhein über die Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Bürgermeisters (Zuständigkeitsordnung) werden in der vorgelegten Fassung (linke Seite der Synopse) mit den o.a. Änderungen beschlossen.

Die Richtlinien sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 11. 1999/0010 Festlegung der Zahl der Ausschussmitglieder

Die Verwaltung bittet um Berichtigung der Vorlage: Die Zahl der Mitglieder des Haupt –und Finanzausschusses wird auf 15 festgesetzt (14 Ratsmitglieder + BM)

Beschluss

Die Anzahl der Mitglieder der Ausschüsse wird wie folgt festgesetzt:

Haupt- und Finanzausschuss	14 Ratsmitglieder (+ BM)
Rechnungsprüfungsausschuss	9 Ratsmitglieder
Ausschuss für Soziale Angelenheiten	15 Mitglieder
Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	15 Mitglieder
Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen	15 Mitglieder
Wahlprüfungsausschuss	9 Mitglieder

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 12. 1999/0011 Zusammensetzung des Ausländerbeirates - Benennung der dem Ausländerbeirat angehörenden 3 Ratsmitglieder -

Nach Benennung durch die Fraktionen der CDU und SPD **beschließt der Rat:**

Gemäß § 6 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein werden folgende drei Ratsmitglieder benannt, die dem Ausländerbeirat mit beratender Stimme angehören:

1. Dr. Ulrich Müller (CDU)
2. Marion Prondzinsky (CDU)
3. Elisabeth Tonn (SPD)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig:

Ö 13. 1999/0012 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.09.1999 Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden

Der Bürgermeister ruft die Punkte 13. und 14. gemeinsam zur Beratung auf, da die Anträge von CDU und Grünen fast identisch sind. Er schlägt vor, dass die Verwaltung beide Vorschläge zusammenfügt, redaktionell überarbeitet und in der nächsten Ratssitzung die Satzung zur Beschlussfassung vorschlägt.

Die Fraktion die Grünen zieht ihren Antrag vor dem Hintergrund des fast gleich lautenden Antrages der CDU-Fraktion zurück. Sie macht deutlich, dass durch diese Änderung der Satzung faire Bedingungen für die Bürger bei der Durchführung von Bürgerentscheiden geschaffen werden.

Ö 14. 1999/0013 Antrag der CDU-Fraktion vom 21.09.1999 Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden

Die CDU-Fraktion bittet darum, die von ihr vorgelegte Satzung in drei Punkten zu ändern:

- Datum in der Präambel von 24.06.1998 in 01.10.1999
- in der gesamten Satzung Hauptverwaltungsbeamter in Bürgermeister bzw. eine geschlechtsneutrale Formulierung
- Benachrichtigungsfrist von 6 Tagen in 14 Tage (Übernahme des Vorschlags der Fraktion Die Grünen)

Die SPD-Fraktion macht in ihren Ausführungen insbesondere deutlich, dass sie sich bei ihrer Entscheidung zur Ausgestaltung der bisherigen Satzung von bestehenden Satzungen in den Nachbarstädten und von den Erfahrungen des Bürgerentscheides zur kommunalen Neugliederung hat leiten lassen.

Sie stimmt der geänderten Satzung unter der Bedingung zu, dass auch die Zahl der Wahllokale verbindlich festgelegt wird.

Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass die bisherige Satzung außer Kraft gesetzt werden muss.

Beschluss

Der Rat beschließt die von der CDU-Fraktion vorgelegte Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden mit folgenden Änderungen:

1. In der gesamten Satzung ist die Bezeichnung „Hauptverwaltungsbeamter“ durch Bürgermeister bzw. eine geschlechtsneutrale Formulierung zu ersetzen.
2. Präambel
Datum statt 24.06.1998 richtig 01.10.1999
3. § 3
..... in mindestens zehn Stimmbezirke, zehn Wahllokale und in Briefstimmbezirke ein.
4. § 8 Abs. 4
Spätestens am vierzehnten Tage.....
5. § 19
Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 18.08.1998 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 15. 1999/0014 Antrag der CDU-Fraktion vom 21.09.1999 Berufung von Vertretern der Lehrerschaft in den Schulausschuss

Die Verwaltung verweist darauf, dass der Haupt- und Finanzausschuss erst im Dezember tagen wird und die Besetzung des Schulausschusses bzw. des Ausschusses für Bildung, Kultur und

Sport in den nächsten Ratssitzung am 27.10.1999 vorgesehen ist. Satz 2 des Antrages kann deshalb entfallen.

Nach Erläuterung des Antrages durch die CDU-Fraktion, begrüßen alle Fraktionen den Antrag und stimmen ihm zu. Die Fraktion Peto stellt die Frage, inwieweit Vertreter der Schülerschaft in die Arbeit des Schulausschusses eingebunden werden können.

Aus dem Rat wird hierzu auf das Kinder- und Jugendparlament verwiesen, in dem dieser Personenkreis Möglichkeiten der Mitwirkung hat. Außerdem kommt zum Ausdruck, dass der Schulausschuss sich nicht mit inneren Schulangelegenheiten beschäftigt.

Der Bürgermeister verweist auf die Bestimmungen des Schulverwaltungsgesetzes. Die Fraktion Peto empfiehlt, bei der Benennung der sachkundigen Bürger und Einwohner auf ihren Wunsch einzugehen.

Beschluss

Auf der Grundlage des § 12 Schulverwaltungsgesetz (SchVG) wird für jede der sechs in Monheim am Rhein vertretenen Schulformen ein beratendes Mitglied in den Schulausschuss (öffentlicher Teil) berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 16. 1999/0015 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.1999 Umlegung der Kosten der Deichrückverlegung

Bürgermeister Dünchheim teilt mit, dass die Verwaltung zurzeit verschiedene Modelle der Umlegung der Kosten der Deichrückverlegung prüft und diese Modelle in die Haushaltsplanberatungen einbringen wird. Er stellt die Frage, ob der Antrag sich damit erledigt hat.

Die SPD-Fraktion bejaht dies mit dem Hinweis, dass für sie Intension ist, den städtischen Anteil der Kosten für diese Maßnahme, die für alle Bürger von Nutzen ist, auch gleichmäßig auf alle Bürger zu verteilen.

Ö 17. 1999/0016 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.1999 Kinderbetreuung in Monheim am Rhein

Die SPD-Fraktion erläutert ihren Antrag. Sie berichtet von freien Kapazitäten in Kindergärten und der bestehenden Bereitschaft von Kindergartenträgern, ihr Angebot zu erweitern.

Aus der CDU-Fraktion wird **ergänzend zum Antrag** darum gebeten, dass

- in Verhandlungen mit den Trägern der Kindergärten festgestellt wird, bei welchen Trägern die Bereitschaft zur Ausweitung des Angebotes besteht
- geprüft wird, welche Kosten entstehen
- geprüft wird, welche Gebühren für die Eltern entstehen

Die Fraktion die Grünen bittet **ergänzend** darum, eine Bedarfsermittlung bei den Eltern vorzunehmen.

Der Antrag wird mit diesen Ergänzungen einstimmig angenommen.

**Ö 18. 1999/0017 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.1999
Bildung eines Seniorenbeirates**

Der Antrag wurde unter TOP Ö 9. mit behandelt.

**Ö 19. 1999/0018 Antrag der Fraktion Peto vom 21.09.1999
Einrichtung einer neuen Buslinie**

Die Fraktion Peto begründet ihren Antrag. Sie verweist auf die Intention ihres Antrages, dass alle Monheimer Bürgerinnen und Bürger nach 21.00 Uhr mit öffentlichen Verkehrsmitteln dorthin kommen können, wohin sie möchten. Sie berichtigt ihren Antrag dahingehend, dass die im Antrag bezeichneten anzufahrenden Haltestellen als die Streckenführung anzusehen sind. Sie bittet, die Möglichkeit einer solchen Buslinie zu prüfen und im zuständigen Ausschuss zu berichten.

Die CDU-Fraktion unterstützt den Prüfungsauftrag. Sie betont das bestehende grundsätzliche Anliegen, inwieweit es wirtschaftlich umsetzbar ist, die gewünschte Streckenführung und der Zeittakt möglich ist, wird die Prüfung zeigen.

Die Verwaltung verweist auf den beschlossenen Nahverkehrsplan, der Rechtskraft hat. In diesem Nahverkehrsplan sind die Linienführungen der Busse festgeschrieben. Es ist zu prüfen, inwieweit die Einbindung einer weiteren Konzession möglich ist.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Prüfungsauftrag ebenfalls zu, legt jedoch besonderen Wert auf die Ermittlung der entstehenden Mehrkosten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass bei zurückliegenden ähnlichen Wünschen ein Bedarf angemeldet wurde, die Ausnutzung der Buslinien dies aber widerlegte.

Die Fraktion Die Grünen begrüßt den Antrag. Sie wünscht, dass die Problemlösung im Vordergrund steht und die Verwaltung deshalb mehrere Alternativen als Entscheidungsgrundlage erarbeitet. So hält sie z.B. das Anrufsammeltaxi, das Linientaxi und den Bürgerbus für Möglichkeiten, die bestehenden Probleme zu lösen.

Die Fraktion Peto bittet darum, dass die Verwaltung auch diese Möglichkeiten in ihre Prüfung mit einbezieht.

Der Antrag der Fraktion Peto wird einstimmig an die Verwaltung zur Prüfung und in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen zur Beratung verwiesen.

**Ö 20. 1999/0019 Antrag der Fraktion Peto vom 21.09.1999
Änderung des Radwege-Konzeptes**

Die Fraktion Peto begründet ihren Antrag, mit dem sie das jetzt schon praktizierte -verbotene- Rad fahren in der Fußgängerzone Rathauscenter legalisieren und sicherer machen will. Sie bittet darum, dass die Verwaltung die mögliche Kennzeichnung des Fahrradweges unter Beachtung der bekannten Gefahrenstellen prüft und bittet um Verweisung ihres Antrages in den zuständigen Fachausschuss.

Die SPD-Fraktion spricht sich gegen den ersten Teil des Antrages aus. Sie hält ein Nebeneinander von Fußgängern und Radfahrern im Rathauscenter für zu gefährlich und verweist auf die bestehenden Gefahrenpunkte. Zur Erhaltung einer eindeutigen Rechtslage und Rechtssicherheit ist sie für die Beibehaltung der reinen Fußgängerzone.

Dem zweiten Teil des Antrages, Änderung der Fußgängerzone auf der Brandenburger Allee in einen gemeinsamen Rad- und Fußweg, steht sie positiv gegenüber unter der Voraussetzung, dass die Änderung im Zuge der geplanten Umbaumaßnahmen auf der Brandenburger Allee erfolgt.

Die Vertreterin der F.D.P. beantragt, aus Kostengründen auf eine Kennzeichnung des Radweges zu verzichten und stattdessen eine gemeinsame Nutzung durch eine Beschilderung festzulegen, wie dies z.B. in Leverkusen der Fall ist.

Die Fraktion Die Grünen begrüßt den Antrag und verweist auf die positive Stellungnahme der Polizei zu diesem Vorhaben. Sie spricht sich dafür aus, die bestehenden Probleme im Zusammenwirken mit Polizei, ADFC und Peto zu lösen und auch die BTV zu beteiligen.

Der Antrag wird bei 3 Gegenstimmen an den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen überwiesen.

**Ö 21. 1999/0020 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.1999
Einrichtung einer Bürgerfragestunde in den Ausschüssen**

Nach Begründung des Antrages durch die Fraktion Die Grünen spricht sich die SPD-Fraktion für die Beibehaltung der jetzigen Regelung, die Bürgerfragestunde auf den Rat zu beschränken, aus. Sie hält diese Regelung vor dem Hintergrund der Allzuständigkeit des Rates für gut und befürchtet eine Beeinträchtigung der Arbeit der Ausschüsse.

Die CDU-Fraktion und Fraktion MBM/F.D.P. begrüßen den Antrag ausdrücklich und sehen darin einen weiteren Schritt zu ihrer Forderung, dass der Bürger im Mittelpunkt der Arbeit stehen muss.

Die SPD-Fraktion führt aus, dass Bürger oftmals Ausschüsse zu bestimmten Tagesordnungspunkten besuchen und dann in der Bürgerfragestunde Fragen hierzu stellen könnten, die nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sind. Sie äußert die Sorge, dass Bürger hierdurch verärgert werden könnten. Sie hält das bisherige Verfahren für gut und spricht sich gegen den Antrag aus.

Der Antrag der Fraktion Die Grünen, auf Änderung des § 28 Abs. 8 der Geschäftsordnung:
„(8) § 17 findet keine Anwendung“

wird bei 12 Gegenstimmen (SPD) mit 38 Stimmen (BM, 20 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.) angenommen.

Ö 22. mündliche Anfragen

**Ö 22.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Belger (SPD)
„Sperrmüllabfuhr im Berliner Viertel“**

Rats Herr Belger verweist darauf, dass die Sperrmüllabfuhr im Berliner Viertel sich oft über eine ganze Woche hinzieht und noch an Wochenenden vorhandene Müllberge zu großem Ärger geführt haben. Er fragt an, ob die Verwaltung der Sache nachgehen und Einfluss auf die Firma Rethmann nehmen kann.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

**Ö 22.2 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)
„Ausbau der Thomasstraße“**

Ratsfrau Hengsberger fragt nach dem Stand der Angelegenheit.

Die Verwaltung verweist auf die Zuständigkeit des Kreises Mettmann und sagt eine Nachfrage dort zu.

**Ö 22.3 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Schmidt (SPD)
„Zuwegung zum Kindergarten Brückenschleeweg“**

Rats Herr Schmidt verweist auf den neben dem Fußweg zum Kindergarten Brückenschleeweg liegenden Grünstreifen, der nicht in städtischem Besitz ist. Er fragt an, ob dieses Gelände mit von der Stadt gereinigt werden bzw. der Eigentümer dazu angehalten werden kann.

Die Verwaltung sagt zu, mit dem Eigentümer nochmals Kontakt aufzunehmen. Sie verweist auf die vertragliche Verpflichtung des Eigentümers, dieses Gelände mit der weiteren Erschließung als Grünfläche auszubauen. Sollte es dazu nicht kommen, wird die Verwaltung eine Einigung dahingehend anstreben, dass die Säuberung im Wege der Ersatzvornahme erfolgt.

Sie sagt Rats Herrn Schmidt zu, ihn schriftlich über die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit zu informieren.

Ö 23. mündliche Mitteilungen

liegen nicht vor.

Thomas Dünchheim
Bürgermeister

Wally Hengsberger
Ratsmitglied

Inge Kirberg
Schriftföhrerin